

JOURNAL FÜR ENTWICKLUNGSPOLITIK, VIII. Jg., Heft 2, 1992

Austrian Journal of Development Studies, Vol. 8, Number 2, 1992

Board of Editors:

John-ren Chen (Innsbruck), Hartmut Elsenhans (Konstanz), Jacques Forster (Genève), John Friedmann (Los Angeles), Peter Jankowitsch (Wien), Friedrich Katz (Chicago), Helmut Konrad (Graz), C. T. Kurien (Madras), Ulrich Menzel (Frankfurt/M.), Jean-Philippe Platteau (Namur), Dieter Rothermund (Heidelberg), Heribert Steinbauer (Wien), Paul Streeten (Boston), Osvaldo Sunkel (Santiago de Chile)

ARTIKEL

Hartmut Elsenhans:

- Die Rente und der Übergang zum Kapitalismus
Grundfragen der politischen Ökonomie von Unterentwicklung 111

Dirk Messner:

- Wirtschaftspolitische Neuorientierungen in Chile —
vom autoritären Neoliberalismus zu einer Strategie aktiver Weltmarktintegration 135

Evamaria Berg:

- Development Politics in Indonesia Between Social Progress and Political
Stagnation 149

Stefan K. Thelen:

- Kosmologie und Politik: Fragmentation der Zeit 165

David R. Dávila-Villers:

- The Revival of Latin American Co-operation and the EC 173

BERICHTE

OECD:

- Flows to Central and Eastern Europe in 1990 185

REZENSIONEN

- Thanh-dam Truong, Sex Money and Morality: Prostitution and Tourism in
South-East Asia (Brigitte M. Holzer) 193
Stokke, Olav (ed.), Sustainable Development. Papers from the 6th EADI
General Conference (Christian Schaller) 200

- Autorennotizen 203

Journal für Entwicklungspolitik VIII/2, 1992, S. 111 — 134

Hartmut Elsenhans

DIE RENTE UND DER ÜBERGANG ZUM KAPITALISMUS

Grundfragen der politischen Ökonomie von Unterentwicklung

Abstract

The transition to capitalism inevitably leads to temporarily increasing rents in any society with a low level of development of productive forces, especially in agriculture. The rents and the marginality are the larger, the lower the productivity in food production. In leading economies the transition to capitalism was blocked as long as rents were not redistributed for mass incomes. Capitalism could hence not emerge as long as previous increases in agricultural (food) productivity occurred. Today's underdeveloped economies are less prepared for the transition to capitalism and face a more serious rent problem, whereas the barrier of previous increases in productivity does not operate due to the integration into a capitalist world system. In addition, rent is reinforced by international specialization which discourages the food and the investment goods sectors in the Third World. More market therefore cannot replace the necessary struggle for the channeling of rent into good production and mass consumption.

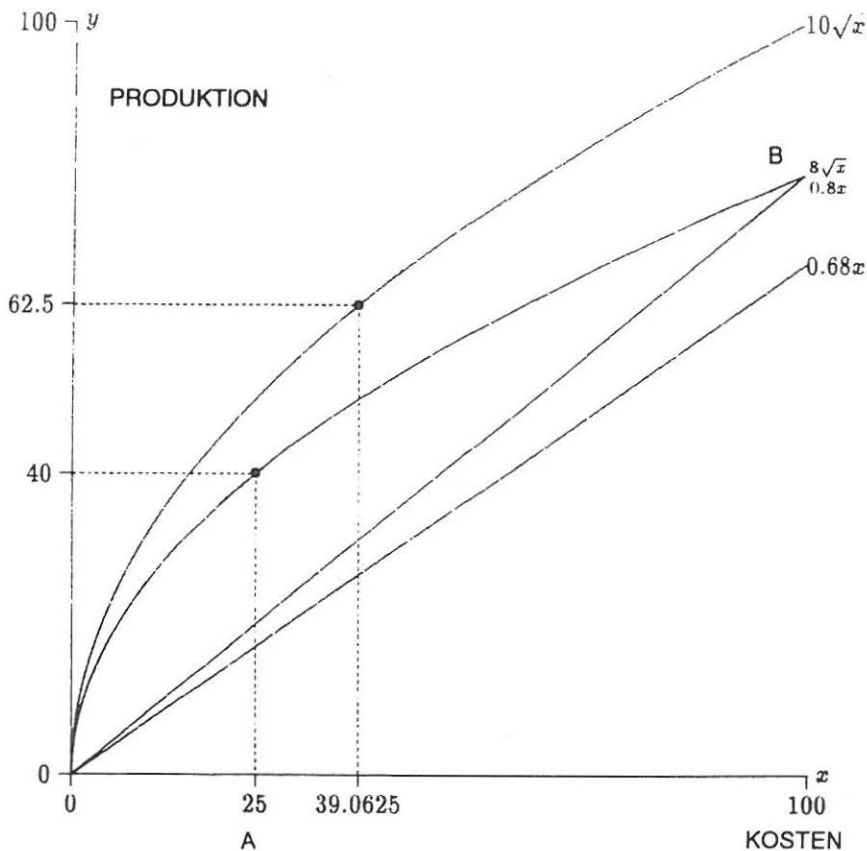
Viele reden vom Ende der Dritten Welt. Für die herrschende Volkswirtschaftslehre hat es sie als besondere Kategorie von Ökonomien nie gegeben, sondern nur als geographische und vielleicht kulturenthropologisch besondere Region, für deren Analyse grundsätzlich die gleichen Begriffe wie für entwickelte westliche Industrieländer heranzuziehen wären. Für die Politologen konstituierte der Gegensatz der Ersten und der Zweiten Welt auch die Dritte, so daß das Ende des Ost-West-Konfliktes das der Dritten Welt besiegelt. Dieser Bedeutungsverlust des Themas kann eine Chance sein, die besonderen Strukturelemente unterentwickelter Wirtschaften in einer differenzierten Weise herauszuarbeiten. Es handelt sich nicht einfach um Abweichungen von einem kapitalistischen Haupttyp, wie dies in der Theorie des peripheren Kapitalismus behauptet wird, sondern um auf Renten gegründete Wirtschaften, für deren Analyse deshalb auch die vorherrschende Volkswirtschaftslehre nur bedingt anzuwenden ist.

1. Beim Übergang zum Kapitalismus treten Renten auf

Betrachten wir eine Gesellschaft mit niedrigem Stand der wirtschaftlichen Entwicklung: Da die Realeinkommen noch gering sind, besteht der Konsum der Masse der Bevölkerung zu etwa 60 bis 70% aus Nahrungsmitteln. Gewerbliche Güter in nen-

nenswertem Umfang werden nur von den Reichen verbraucht, die deshalb eine breite Palette unterschiedlicher Luxuskonsumgüter konsumieren. Handwerkliche Fertigung überwiegt, weil mechanisierte oder gar automatisierte Produktionsprozesse bei niedrigen Serien keine Kostensenkung erbringen. Maschinen können nur bei der Herstellung weniger Produkte eingesetzt werden (Webstuhl, Töpferscheibe, Transportmaschinen). Die Landwirtschaft ist wichtigster Produktionszweig. Die Arbeitsproduktivität wird bestimmt von den technischen Fertigkeiten und der Qualität der Böden, also den natürlichen Bedingungen der Produktion.

In einer solchen Wirtschaft tritt fast unweigerlich folgende Armutsfalle auf¹: Da Böden, insbesondere gute Böden, begrenzt sind, führt die Vermehrung der Bevölkerung zu wachsendem Arbeitseinsatz pro Fläche und zur Erschließung neuer, aber im Regelfall weniger fruchtbarer Böden. Zwangsläufig muß die Arbeitsproduktivität sinken; zusätzliche Arbeit kann dem knapper werdenden Boden immer weniger zusätzliche Produkte abringen. Wir können uns diesen Zusammenhang in einem Schaubild veranschaulichen.



Wir nehmen folgende Parameter an: Die Produktion werde durch eine liegende Parabel abgebildet

$$(1) y_p = 8\sqrt{x}$$

Die Kosten der Produktion seien nur Arbeitskosten, die linear mit der Zahl der Arbeitskräfte steigen, weil alle Arbeitskräfte nur Subsistenzlöhne erhalten:

$$(2) y_a = 0,8x$$

Wenn die Zahl der Arbeitskräfte wächst, die bei geringem technischen Entwicklungsstand von einer gegebenen, nur begrenzt vermehrbaren Fläche leben soll, steigt der Verbrauch linear an. Jede zusätzliche Arbeitskraft muß wenigstens ihre Subsistenzkosten erwirtschaften. Keine Arbeitskraft erhält mehr, als sie für sich und ihre Familie zum Überleben braucht. Die Familien müssen miternährt werden, wenn in der nächsten Generation Arbeitskräfte verfügbar sein sollen. Die Produktion steigt aber nicht proportional zu den Arbeitskräften; bis zur Erreichung eines Optimums steigt sie rasch an, dann langsamer.

Beim Punkt A ist der Abstand zwischen Produktion und Kosten am größten. Hier hat die Tangente an die Parabel (Produktionskurve) die Steigung 0,8. Jenseits des Punktes A steigt die Produktion zwar noch an, doch langsamer als die Kosten; der Surplus, hier dargestellt durch den Abstand zwischen der Produktionsparabel und der Kostengeraden, nimmt rechts von A ab. Kein kapitalistisch wirtschaftender Grundbesitzer kann Arbeitskräfte rechts des Punktes A beschäftigen. Sie werden marginalisiert. Die Gesellschaft kann jenseits von A überleben, mit einem höheren Beschäftigungsniveau, aber die Surplus aneignenden Klassen werden ärmer.

Jenseits des Punktes B, bei dem die Kostengerade die Produktionsparabel schneidet, kann die Gesellschaft nicht überleben. Periodische Hungersnöte (die Ernten variieren zwischen verschiedenen Jahren entsprechend der Gunst des Klimas und verschieben die Lage der Produktionsparabel und damit den Punkt B) oder eine einschneidende Bevölkerungskontrolle (Eskimos) halten die Gesellschaft links des Punktes B. Bei Punkt B kann es keine Surplus aneignenden Klassen geben.

Die Durchschnittskosten steigen an. Sie sind durch folgende Gleichung bestimmt:

$$(3) y_k = 0,8x/8\sqrt{x}$$

Bei den gewählten Parametern bewegt sich die Wirtschaft überall im Bereich steigender Grenzkosten.

In einer solchen Gesellschaft setzt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft der Beschäftigung unter kapitalistischen Bedingungen Grenzen. Kapitalistische Grundbesitzer können Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zwar bei steigenden Grenzkosten, nicht jedoch bei sinkenden Profiten beschäftigen. Das Beschäftigungsmaximum liegt beim Punkt A und hat den Umfang OA, in unserem Beispiel bei $x = 25$. Die Unternehmer erhalten dabei einen Surplus in Höhe AA', in unserem Beispiel 20, der bei Arbeitskosten von 0,8 pro Arbeiter die Beschäftigung von weiteren 25 Arbeitern erlaubt, so daß die Gesamtbeschäftigung 50 beträgt. Der

Anteil der Nichtlandwirtschaft an der Beschäftigung kann trotz der Existenz einer marginalen Bevölkerung in der Landwirtschaft durchaus hoch sein.

Wir beobachten, daß ausschließlich die Produktivität in der Landwirtschaft das Niveau der Gesamtbeschäftigung bestimmt. Unsere Formalisierung unterstreicht damit die Bedeutung des Produktivitätsfortschritts an der Landwirtschaft als Voraussetzung kapitalistischer Transformation, was in der Entwicklungstheorie häufig als Notwendigkeit der Agrarrevolution beschrieben wird.

Die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktivität kann die Lage der Produktionsparabel auf zwei unterschiedliche Weisen beeinflussen. Sie kann die Parabel nach oben anheben, ohne ihre Form zu verändern. Die Steigungen sind dann bei jedem Beschäftigungsniveau gleich hoch. Bei jedem Niveau der Beschäftigung steigt das Volumen des Surplus. Der Punkt A als Beschäftigungsmaximum wird aber nicht nach rechts verschoben. Die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft kann steigen, nicht jedoch innerhalb der Landwirtschaft. Die Erhöhung der Produktion und der Produktivität der bis zum Niveau A Beschäftigten schafft einen ausreichenden Surplus für diese erhöhte Beschäftigung.

Technische Innovation kann aber auch die Form der Parabel verändern, indem diese an jedem Punkt höhere Steigungen erhält. Dann verschiebt sich der Punkt A nach rechts. Eine solche Parabel kann durch folgende Gleichung beschrieben werden

$$(4) y_p = 10\sqrt{x}, \text{ deren Ableitung}$$

(5) $y'_p = 10/2\sqrt{x}$ beträgt, so daß $y'_p = 0,8$ bei $x = 39,0625$ erreicht wird. Die Beschäftigung in der Landwirtschaft steigt um 56,25%. Bei diesem Beschäftigungsniveau würden die Kosten der Arbeitskräfte 31,25 betragen, so daß bei einer Gesamtproduktion von 62,5 der Surplus 31,25 beträgt, der eine nichtlandwirtschaftliche Beschäftigung von 39,0625 erlaubt. Surplus und Beschäftigung in der Landwirtschaft steigen, und damit auch die nichtlandwirtschaftliche Beschäftigung, sofern ausreichende Nachfrage besteht.

Es ist nicht notwendig, daß landwirtschaftliche Beschäftigung und landwirtschaftlicher Surplus steigen. Es läßt sich auch ein anderer Verlauf der Produktionskurve nach Produktivitätssteigerungen denken, bei denen die Gesamtproduktion beim neuen Punkt A wenigstens 51,25 betrüge, so daß der Surplus stagniert, obwohl die Beschäftigungsgrenze im gleichen Umfang vorangetrieben wurde².

Aus dieser Überlegung läßt sich ableiten, daß es unterschiedliche Formen des technischen Fortschritts gibt, nämlich technischen Fortschritt, der für eine begrenzte Zahl der Arbeitskräfte die Produktivität steigert, ohne Marginalität zu beseitigen, und technischen Fortschritt, der Marginalität zurückdrängt, ohne den Surplus nachhaltig zu steigern, weil er nur die Grenzerträge von zunächst marginalisierten Arbeitern in der Landwirtschaft anhebt. Dies ist dann der Fall, wenn die Innovation nicht nur auf neuen Produkten und neuen Maschinen beruht, die bei entsprechenden Wechselkursen möglicherweise aus dem Ausland importiert werden, sondern die Anwendung lokaler Arbeitskraft auf dem nichtmobilen Produktionsfaktor Boden erzwingt, wie dies im Regelfall bei dezentralen arbeitsintensiven Innovationen in der Landwirtschaft der Fall ist.

Nur wenn die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft steigt, kann die Beschäftigung über das in A erreichte Volumen hinaus erhöht werden. Zwar können in jedem Punkt entsprechend der Höhe des landwirtschaftlichen Surplus zusätzliche Arbeitskräfte außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt werden, doch hängt der Umfang dieser Beschäftigung ausschließlich vom landwirtschaftlichen Mehrprodukt und damit der Lage der Parabel ab, mit der wir die Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion im Verhältnis zur Zahl der Arbeitskräfte beschreiben.

2. Rente und Investition

Inwieweit eine solche Gesellschaft zu einer kapitalistischen Wirtschaft übergehen kann, hängt von einer weiteren Funktionsbedingung ab: Nur wenn für den Surplus Nachfrage vorhanden ist, kann er angeeignet werden. Deshalb können Unternehmer Profit am Markt nur „aneignen“, also erzielen, wenn Nettoinvestitionen getätigt wurden, weil sie unter Konkurrenzbedingungen Surplus nicht für den eigenen Konsum verwenden können. Würden sie Surplus konsumieren, wären andere „sparsame“ Unternehmer in der Lage, sie durch Verzicht auf eigenen Konsum preislich zu unterbieten und vom Markt zu verdrängen. In einer geschlossenen staatsfreien Wirtschaft, in der sich nur Unternehmer und Arbeiter gegenüberstehen, können alle Unternehmer zusammen Profite nur dann machen, wenn sie selbst Nettoinvestitionen tätigen. Wir können uns dies mit Hilfe eines einfachen Beispiels verdeutlichen: Wir unterstellen, es gäbe nur Arbeiter und Unternehmer. Die Arbeiter erhalten Löhne, die sie vollständig und ausschließlich für den Kauf von Konsumgütern verwenden. Die Unternehmer erhalten Profite, die sie sparen. Wenn keine neuen Ausrüstungsgüter produziert werden, hat die gesamte Nachfrage nach den Konsumgütern (in deren Preis die Kosten der verbrauchten Vorprodukte und anteilig die Abschreibung von Ausrüstungsgütern enthalten sind) gerade die Höhe der Löhne, die als Kosten in der Herstellung der Konsumgüter (wiederum einschließlich der Vorprodukte und des Maschinenersatzes) bezahlt wurden. Um ihre Güter zu höheren Preisen verkaufen zu können, muß es Löhne geben, die bei einer Produktion bezahlt wurden, die weder in die Kosten der Konsumgüter einging noch in derselben Produktionsperiode zu einer Erweiterung des Konsumgüterangebots führt. Solche Löhne entstehen, wenn zusätzliche Investitionsgüter über den Ersatzbedarf hinaus produziert wurden. Nettoinvestitionen sind die Voraussetzung für Profite, und zwar nicht deshalb, weil sie die Produktivität erhöhen, sondern weil sie erst die Löhne schaffen, aufgrund derer die Konsumgüterproduzenten am Markt einen Profit erzielen können. Dies wird gefaßt als die notwendige Identität zwischen Nettoinvestitionen und Sparen, hier Profiten, weil wir Sparen der Arbeiter und Konsum der Unternehmer ausgeschlossen hatten. Kapitalistische Gesellschaften sind zu Wachstum gezwungen, weil sonst keine Nettoinvestitionen auftreten würden und damit die Erzielung von Profiten unmöglich wäre.

Zu fragen ist deshalb nach den Möglichkeiten zur investiven Verwendung des Surplus. Aus der Erörterung möglicher Verschiebungen der Produktionsparabel wissen wir, daß entweder die Produktivität der Marginalisierten angehoben werden kann, oder die Produktivität schon beschäftigter Arbeiter. Außerdem kann durch

Erhöhung des Surplus die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft vergrößert werden. Hier gibt es außerdem die Möglichkeit, durch Investitionen die Produktivität zu steigern.

Sofern Ertragssteigerungen gleichen prozentualen Umfangs pro Beschäftigten nicht zusätzliche Arbeitskräfte sondern zusätzliche Inputs erfordern, wird mit einer Investition gleichen Umfangs stets die Produktivitätssteigerung der schon produktiven Arbeiter (links von A) einen höheren Surplus erlauben, als die Steigerung der Produktivität der Marginalisierten, weil einerseits die Pro-Kopf-Produktion höher ist, andererseits Ertragssteigerungen bei schon produktiven Arbeitern ganz dem Investor zukommen, bei der Produktivitätssteigerung der bislang marginalisierten Arbeiter aber ein wachsender Konsum zu befriedigen ist. Flächenneutrale kapital- und technologieintensive Innovation wird dann nicht die Marginalitätsgrenze verschieben, auch wenn sie den landwirtschaftlichen Surplus erhöht.

Die Beobachtung, daß die Grüne Revolution zwar die Erträge anhebt, aber nicht oder nur begrenzt die Beschäftigung, würde durch das Vorherrschen eines solchen Typs von Innovation beschrieben.

Innovation, bei der die Erträge auf bisher nicht genutzten Flächen oder auf den bisherigen Flächen nur durch Einsatz von mehr Arbeitskräften steigen, entsprächen dem Fall der Verschiebung der Grenze von Marginalität.

Die Steigerung der Produktivität in der nichtlandwirtschaftlichen Produktion verschiebt die Beschäftigungsgrenze nur geringfügig: Wenn sich außerhalb der Landwirtschaft die Produktivität verdoppelte, würde das nicht die gezeichnete Produktionsparabel verschieben. Es stünden nicht mehr Nahrungsmittel zur Verfügung als bisher, sondern nur mehr gewerbliche Produkte. Sie müßten weiter gegen eine gleiche Menge von Nahrungsmitteln (dem gleichbleibenden Surplus) getauscht werden. Das Austauschverhältnis würde sich allerdings zugunsten der Landwirtschaft verschieben. Wenn wir annehmen, daß die in der Landwirtschaft arbeitenden Arbeitskräfte zu 30% auch gewerbliche Produkte konsumieren, würde die Verdoppelung der Arbeitsproduktivität in der gewerblichen Produktion nur zu einer leichten Senkung der Kostengeraden um 15% führen und den Punkt A nur unwesentlich nach rechts verschieben³.

Es gibt keinen Grund für die Annahme, daß der verfügbare Surplus regelmäßig und vorhersehbar gerade so groß ist, wie der für die drei beschriebenen Arten von Investitionen (surplussteigernde, Marginalität zurückdrängende und Produktivität in der gewerblichen Massenkonsumgüterproduktion steigernde) notwendige Finanzierungsbedarf.

Vom Standpunkt eines einzelnen Unternehmers sind Investitionen nur gerechtfertigt, wenn sie in der Zukunft höhere Einkommensströme erlauben. Investitionen in die Produktivität der Marginalisierten verbieten sich solange, als die Produktivitätsgewinne durch den zusätzlichen Konsum der Marginalisierten ausgeglichen werden.

Investitionen in die Produktivität der schon produktiven Arbeiter erhöhen den Surplus. Da die Nachfrage nach Nahrungsmitteln ohne die Zurückdrängung von Marginalität nur durch Erhöhung der nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigung steigen kann, führt die steigende Produktivität der produktiven Arbeiter nur dann nicht zur Verminderung der Beschäftigung, wenn eine ausreichende Nachfrage nach dem zusätzlichen Surplus entsteht. Über die Dauer ihrer Nutzung schafft keine Techno-

logie bei konstanten Reallöhnen mehr Nachfrage von Seiten der zu ihrer Erstellung und ihrem Betrieb benötigten Arbeitskräfte (der produktiven Arbeiter in der Landwirtschaft) als sie Produktion erhöht, weil sie sonst nicht kostensenkend und deshalb unrentabel wäre⁴.

Weiterhin verhindert Marginalität bei perfekten Arbeitsmärkten einen Anstieg der Reallöhne der produktiven Arbeiter, weil stets Arbeitskräfte zu Löhnen nahe dem Subsistenzniveau angeboten werden. So steigen trotz surplussteigernden und beschäftigungsvermehrenden Investitionen heute im Punjab die Reallöhne der Landarbeiter nicht, weil wegen des Bevölkerungswachstums und der Zuwanderung billige Arbeitskraft reichlich vorhanden ist⁵. Die für den Absatz des wachsenden Surplus notwendige Nachfrage kann also nur aus dem nichtlandwirtschaftlichen Sektor kommen und erfordert deshalb eine Erhöhung der Nachfrage nach nichtlandwirtschaftlichen Produkten.

Einzelne Unternehmer können in einer staatsfreien Wirtschaft bei den angegebenen Bedingungen, nämlich steigenden Grenzkosten, durch Verminderung der Beschäftigung ihre individuellen Produktionskosten senken und dadurch bei wachsendem Surplus und konstanter Nachfrage versuchen, ihre Marktanteile zu vergrößern. Da einzelne Grundbesitzer sich jedoch ihren Surplus auch ohne den Markt aneignen (weil sie einfach den als Nahrungsmittel anfallenden Surplus behalten und ihn gegen nichtlandwirtschaftliche Arbeitsleistungen tauschen) können, werden sie auch dann wirtschaftlich überleben können, wenn sie sich vom Markt zurückziehen und als feudale Grundherren Handwerker für ihre eigenen konsumptiven Bedürfnisse beschäftigen. Es steht ihnen also ein individueller durch die Konkurrenz nicht mit Sanktionen bedrohter Rückzug vom Markt offen.

„Investitionsfreudige“ Grundbesitzer können unter diesen Voraussetzungen „feudale“ Grundbesitzer nicht aufkaufen. Damit dürfte auch ihre Investitionsbereitschaft sinken, da Unternehmer ja nicht deswegen investieren, weil sie an Investitionsgütern Freude haben, sondern weil sie mit den Investitionen verhindern wollen, im Fall weiterer Produktivitätssteigerungen ihrer Konkurrenten in der Zukunft die eigenen Einkommensquellen zu verlieren. Die feudalen Grundbesitzer werden zudem aus ihrem Surplus politische Machtpotentiale finanzieren, gegen die sich die investitionsfreudigen Grundbesitzer nicht wehren können.

Diese Wachstumsfalle würde beseitigt, wenn entweder die Reallöhne stiegen und damit die „feudalen“ Grundbesitzer von der Seite der Kosten her nicht mehr einen ausreichenden Surplus erwirtschafteten, oder für das gesellschaftliche Überleben zusätzlicher Konsum der Unternehmer notwendig wäre, zum Beispiel für Privatarmeen oder demonstrativen Konsum, in dessen Folge die investitionsfreudigen Unternehmer die Einkommensquellen der feudalen Unternehmer gefährden könnten. Die Folge wäre im zweiten Fall eine Mischstrategie zwischen Luxuskonsum und Investition, eine „Economy of Delight“, in der in einem vorwiegend politisch geführten Kampf der Grundbesitzer um Einfluß und Macht sich diejenigen durchsetzen, die den Surplus über den Umfang des im Feudalsystem möglichen hinaus durch Investitionen ohne Verminderung von Marginalität steigern, im ersten Fall eine Mischstrategie zwischen Massenkonsum und Investition.

Das Wachstum der Beschäftigung im nichtlandwirtschaftlichen Sektor wird nicht durch geringe Produktivität der Nichtlandwirtschaft begrenzt, sondern durch den

Surplus in der Landwirtschaft. Unabhängig von der Produktivität bei der Herstellung nichtlandwirtschaftlicher Güter erhalten die hier beschäftigten Arbeitskräfte unter den hier gemachten Annahmen einen Subsistenzlohn. Die Preise für nichtlandwirtschaftliche Güter entwickeln sich entsprechend der Produktivität. Bei steigender Produktivität fallen sie im Verhältnis zu den Nahrungsmitteln. Die Terms-of-Trade der Nahrungsmittelproduktion verbessern sich.

Die Nachfrage der Grundbesitzer nach nichtlandwirtschaftlichen Gütern hat maximal den Wert des landwirtschaftlichen Surplus, den sie sich aneignen. Fällt der Surplus den Reichen zur Konsumption zu, werden sie Produkte konsumieren, deren Herstellung aufgrund der geforderten Qualitäten und/oder aufgrund niedriger Produktionsserien nur begrenzt mechanisiert werden kann. Je größer die Produktionsserien und je einfacher die Produkte, desto größer die Möglichkeiten des Einsatzes von Maschinen. Eine durch Marginalität gekennzeichnete Wirtschaft muß gegen die Form des technischen Fortschritts diskriminieren, die im Einsatz von Maschinen zur Verminderung des Arbeitseinsatzes bei der Herstellung standardisierter Produkte besteht. Sie wird je nach Raffinement des Geschmacks der Privilegierten die Form des technischen Fortschritts begünstigen, die in der steigenden künstlerischen (oder militärischen) Qualität der Produkte besteht.

Weil bei begrenzten Investitionsmöglichkeiten selbst im Fall des Privateigentums an Boden den nicht investierenden Grundbesitzern nicht die Quelle der Aneignung von Surplus (Bodenbesitz) genommen werden kann, kann der maximale Surplus auch bei steigenden Grenzkosten angeeignet werden.

Unter den Bedingungen fortdauernder Marginalität werden die produktiv Beschäftigten versuchen, aus ihrer Qualifikation zusätzlichen Nutzen zu ziehen. Dies ist bei der nichtlandwirtschaftlichen Produktion möglich, weil hier nicht allgemein verbreitete Fertigkeiten erforderlich sind. Zünftlerische Abschottung der gewerblichen Arbeitsmärkte wird umsomehr zunehmen, als (künstlerische oder militärische) Qualitäten der Produkte für die (reichen) Konsumenten wichtig werden. Produzenten und Händler können nun Preisaufschläge vornehmen, die sie als Profite bezeichnen, die aber mit dem kapitalistischen Profit nur gemein haben, daß sie Teil des Surpluses sind und auf einem Markt angeeignet werden, der allerdings kein Wettbewerbsmarkt ist. Je nach Monopolgrad werden die Profitraten unterschiedlich hoch sein. Surplus wird zur Erringung von Verfügungsgewalt über Produkte verwendet, bei denen die Konkurrenz gering ist. In der entwicklungstheoretischen Literatur wird dies in der Kritik am Streben nach kurzfristigen Profiten im Handel gegenüber schwer zu erringenden Profiten aus Investitionen in der Produktion beschrieben.

In einer vorkapitalistischen Gesellschaft mit niedriger Produktivität existieren Surplus und Marginalität. Der Umfang des Profits ist wegen der begrenzten Investitionsmöglichkeiten begrenzt. Wenn kapitalistische Verkehrsverhältnisse den Großgrundbesitzern erlauben, die Beschäftigung in der Landwirtschaft auf den Stand zu begrenzen, bei dem der Surplus maximal ist, nimmt der Surplus im Fall des Versuchs des Übergangs zum Kapitalismus sogar zu. Gleichwohl bleiben die Investitionsmöglichkeiten (Mechanisierung zur Kostensenkung und Investitionen in der Landwirtschaft zur Zurückdrängung von Marginalität) gleich oder nehmen sogar ab. Statt kapitalistischer Unternehmer entstehen dann Grundbesitzer, die ihren Luxuskonsum, möglicherweise ihren „politischen“ Konsum, noch weiter steigern.

3. Investition des Surplus und Umverteilung

Der Übergang zum Kapitalismus setzt die Inkorporation der Marginalisierten in die Produktion voraus, selbst wenn diese zunächst weniger produzieren, als sie konsumieren. Dazu sind zwei Wege denkbar: Die Investition des Surplus in die Erhöhung der Produktivität der Marginalisierten, auch wenn die kurzfristigen Produktionssteigerungen nicht zu hoher Verzinsung des so eingesetzten Surplus führen können, also nichtkapitalistischen Allokation von Surplus, oder die Umverteilung von Einkommen an die Marginalisierten.

Werden die Investitionen für die Steigerung der Produktivität der Marginalisierten nicht durch schon kurz oder mittelfristig positive Profitraten angezogen, kann der Surplus nur über politische Einflußnahme in solche Aktivitäten kanalisiert werden. Die guten Kaiser, die menschenfreundlichen Feudalherren oder der wohlwollende Entwicklungsstaat wären Beispiele. Solange allerdings Marginalität besteht, sind Zweifel an den Möglichkeiten der Unterschichten angebracht, dauerhaft eine solche Verwendung des Surplus zu sichern. Die Zyklizität tributärer Produktionsweisen, die in der chinesischen Geschichtsschreibung und für den arabischen Raum von Ibn Khaldûn thematisiert wurde⁶, ist nur ein Beispiel für die Tendenz zur Erhöhung der Abschöpfung von Surplus zugunsten des Konsums der Reichen.

Die Umverteilung eines Teils des Surplus zugunsten der Marginalisierten kann auch nicht über den Markt erfolgen, weil die Grenzerträge dieser Arbeitskräfte niedriger sind als ihr Konsum. Ihre Arbeitskraft ist weniger wert als ihre Kosten. Im Unterschied zur Industrie, wo über die relativen Preise und die Abhängigkeit des Beschäftigungsniveaus vom landwirtschaftlichen Surplus grundsätzlich jede Rente durch Lohnkämpfe beseitigt werden kann, ist dies in der landwirtschaftlichen Produktion nicht möglich. Durch eine Erhöhung ihrer Löhne können die Marginalisierten keinen Zugriff auf den von den Arbeitern rechts des Punktes A erwirtschafteten Surplus anmelden. Umverteilung bei niedriger Produktivität der Landwirtschaft zugunsten in der Landwirtschaft marginalisierter Arbeitskräfte erfordert daher institutionelle Regelungen.

Eines der am meisten kritisierten Instrumente beim Übergang zum Kapitalismus, nämlich die englischen Armengesetze, sind ein gutes Beispiel für eine solche politisch durchgesetzte Umverteilung zugunsten der Marginalisierten⁷. Der Konsum der englischen Armen mußte von den Gemeinden gesichert werden, die die Armen dann zwangen, zu Löhnen unterhalb des Subsistenzniveaus für Unternehmer zu arbeiten. Die Differenz zwischen dem Subsistenzniveau und den Löhnen mußte von den Gemeinden aus Steuern aufgebracht werden. Steuern konnten aber nur die Reichen bezahlen. Durch die Beschäftigung der Armen zu Löhnen unterhalb des Subsistenzniveaus sank der Surplus in den Händen der Reichen, weil diese gegenüber der Situation vor Besteuerung mehr Steuern bezahlen mußten. Gleichzeitig stieg die Produktion, weil die Armen zwar weniger produzierten als sie verbrauchten, aber dennoch eine zusätzliche Produktion erbrachten. Bei einer produktionsunabhängigen Steuer (z.B. auf Häuser oder Fenster) verminderte sich der für die Reichen verfügbare Surplus bei allen Niveaus der Beschäftigung um denselben Betrag. Das Niveau der noch Mehrprodukt erwirtschaftenden Beschäftigung veränderte sich nicht. Jenseits des Punktes A konnten aber Arbeitskräfte aus der Steuer subventio-

nirt werden, die die Gemeinden erhoben. Die Kostengerade konnte durch Subvention nach unten gebogen werden. Der Punkt, bei dem der Abstand zwischen Kosten und Produktion abnahm, konnte nach rechts verschoben werden.

Eine Beschränkung des Surplus auf 20% der Gesamtproduktion würde in unserem Fall die landwirtschaftliche Beschäftigung auf 64 anheben⁸ und wäre wirksamer als die 20%ige Anhebung der Produktivität durch Verschiebung der Produktionskurve auf $y_p = 10/x$. Eine Besteuerung des Surplus in Höhe von 50% zur Subventionierung marginalisierter Arbeitskräfte würde die landwirtschaftliche Beschäftigung auf 72,9 anheben⁹.

Eine egalitäre Verteilung der Bodennutzungsrechte an alle Arbeitskräfte hätte dieselben Folgen¹⁰. Mit einer geringen Arbeitsleistung erzielt nach Umverteilung jeder landbesitzende Bauer schon gute Produktionsergebnisse, die im Verhältnis zur verausgabten Arbeit relativ hoch sind. Dieses Produktionsergebnis ist möglicherweise aber nicht ausreichend, um seine Familie zu ernähren, weil er nach nach Umverteilung nur über einen kleinen Umfang von hochproduktiven Produktionsmöglichkeiten verfügt. Er muß deshalb mehr Stunden arbeiten, wobei der zusätzliche Ertrag abnimmt. Die Strategie von Minifundisten in Lateinamerika, die hohe Erträge bei abnehmender Arbeitsproduktivität erzielen, wäre hierfür ein Beleg¹¹. Die Mobilisierung marginaler Arbeit erfolgt hier innerhalb des Eigentümer-Bauernbetriebs und wird notwendig, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern. Abhängig vom technischen Niveau ist denkbar, daß das erreichbare Produktionsmaximum dennoch nicht erzielt wird, weil das Arbeitsleid der landbesitzenden Bauern die Erträge ihrer letzten verausgabten Arbeitseinheiten übersteigt. Hier zeigt sich die Wichtigkeit des technischen Fortschritts in der nichtlandwirtschaftlichen Massenkonsumgüterproduktion. Die Verbilligung der nichtlandwirtschaftlichen Güter gegenüber den Agrarprodukten erhöht den Gebrauchswert der mit einem noch so kleinen zusätzlichen Ertrag eintauschbaren Güter.

Die Produktion eines Surplus, der auch im Fall der Mobilisierung von marginaler Arbeit in den Eigentümer-Bauernbetrieben möglich ist, kann vom Staat erzwungen werden. Eine ertragsunabhängige Landsteuer ist dazu geeigneter als staatliche Aufkaufsmonopole für das vermarktbare Mehrprodukt, weil die Landsteuer den Tauschwert des Surplus nicht vermindert, geringe Preise für Agrarprodukte aber das Interesse an der Erwirtschaftung eines Surplus vermindern.

Im Ergebnis einer Umverteilung durch Subventionierung der Marginalisierten oder Internalisierung des Marginalitätsproblems in Eigentümer-Bauernbetrieben muß der Surplus abnehmen. Wie beabsichtigt steigt die Beschäftigung. Es steigt auch die Produktion, weil die nun in den Produktionsprozeß eingegliederten Marginalisierten/eingegliederte marginale Arbeitszeit weniger erbringt, als für ihren anteiligen Unterhalt benötigt wird, aber dennoch zum Wachstum der Gesamtproduktion beiträgt. Wenn dadurch die Nachfrage nach Massenkonsumgütern steigt, werden Investitionen zur Erweiterung der Kapazität in der nichtlandwirtschaftlichen Produktion „benötigt“. Sie erzeugen über positive Nettoinvestitionen positive Profitraten. Die in der Massenkonsumgüterproduktion größeren Möglichkeiten zur Mechanisierung erlauben zusätzliche Investitionen für Kostensenkung mit der Folge einer weiteren Stützung der Profitraten für Investitionen.

In der Agrarproduktion werden im Fall der Umverteilung des Typs Armengesetze Investitionen getätigt, um den Surplus zu erhöhen. Da die Marginalisierten subven-

tioniert sind, wird die Tendenz zu kapitalintensiven Investitionen möglicherweise beschränkt, doch werden arbeitsintensive Investitionen mit geringen kurzfristigen Produktivitätssteigerungen begrenzt bleiben. Die Inkorporation der Marginalisierten erfolgt über die Steigerung der Beschäftigten in der Landwirtschaft (hier ohne Investitionen) und erst langfristig über die Steigerung des landwirtschaftlichen Surplus (hier mit Investitionen) und die damit mögliche Steigerung der nichtlandwirtschaftlichen Produktion. In ihr werden wegen des breiteren Massenkonsums und des durch Besteuerung verminderten Luxuskonsums der Reichen jene Betriebe größere Wachstumschancen haben, die auf Produkte spezialisiert sind, in denen Mechanisierung bei standardisierten und einfachen Massenprodukten zu Kostensenkungen, d.h. zur Sicherung zukünftiger Einkommensströme für den Investor führen. Der Profit wird zu Lasten anderer Formen des Surplus gestärkt. Sobald die Reallöhne im Rahmen der wachsenden Beschäftigung bei Verknappung des Arbeitsangebots steigen, nimmt der Surplus der nicht investierenden Großgrundbesitzer ab (s.o.). Sie müssen ihren Luxuskonsum einschränken oder selbst in die Erhöhung des landwirtschaftlichen Surplus investieren, wenn sie nicht wegen Ineffizienz nunmehr ihr Landeigentum verlieren wollen. Ist Marginalität beseitigt, kann eine Verschlechterung der Terms-of-Trade für die Landwirtschaft erwartet werden, weil wegen der durch die Reallöhne bedingten Zunahme der Nachfrage nach nichtlandwirtschaftlichen Produkten die landwirtschaftliche Produktion im Verhältnis zur industriellen Produktion relativ zurückgefahren wird und sie damit durch im Zeitablauf erfolgende Produktivitätssteigerungen in den Bereich niedrigerer Grenzkosten kommt. Dies wiederum schränkt den Wert des Privateigentums an Boden als Instrument der Aneignung von Surplus ein (s.o.).

Im Fall einer egalitären Bodenverteilung fragen Eigentümer-Bauern zunächst zögerlich neue Inputs und Investitionsgüter nach, sobald deren Effizienz bei der Steigerung der Erträge für sie hinreichend sicher erscheint. Angesichts gleicher Landausstattung ist die Palette der nachgefragten Investitionsgüter relativ homogen, was Kostensenkungen erlaubt. Landbesitzende Bauern werden keine Investitionsgüter nachfragen, die ihre Arbeitszeit ersetzen, solange sie keine besseren Einkommensmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft haben. In der Anfangsphase der wirtschaftlichen Entwicklung wird damit der Bedarf an Investitionsgütern beschränkt, was den Finanzierungsbedarf/die Notwendigkeit eines landwirtschaftlichen Surplus begrenzt. Sowohl bei Umverteilung der Böden als auch bei Umverteilung der Einkommen zugunsten der Marginalisierten verändert sich die Zusammensetzung des Surplus. Die Rente, deren Aneignung ohne Reinvestitionen möglich ist, nimmt zugunsten des Profits ab. Der Profit kann also trotz Verminderung des Surplus steigen. Zumindest der durch Nettoinvestitionen in der Massenkonsumgüterproduktion und in der Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität entstandene Profit steigt. Nicht die Ausdehnung der Marktbeziehungen, auch nicht die Anhebung der Produktivität der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitskräfte und der schon produktiven Arbeiter in der Landwirtschaft sondern Umverteilung zugunsten der Beseitigung von Marginalität erlauben die Dominanz des Profits gegenüber der Rente und damit den Aufstieg einer Klasse kapitalistischer Unternehmer, die ihren Anteil am Surplus als Profit aufgrund ihrer Konkurrenzfähigkeit erzielen und diesen investieren müssen, um konkurrenzfähig zu bleiben, und einer autonomen bürgerlichen Gesellschaft, in der einer sich

selbst steuernden kapitalistischen Wirtschaft die Zurückdrängung der staatlichen Aneignung von Surplus und damit auch der staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft gelingen kann.

Stärkung der Masseneinkommen (wachsende Nachfrage für Produkte, die mit Maschinen hergestellt werden) führt zum Anstieg des Anteils des Profits (wegen steigender Nettoinvestitionen) am Surplus und erlaubt den Übergang zum Kapitalismus. Solange es Arbeitskräfte gibt, die weniger an zusätzlicher Produktion erbringen, als sie verbrauchen, hängt eine solche Ausweitung der Nachfrage von staatlichen Mechanismen ab. Markterweiterung durch Reallohnsteigerungen allein über die Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskräften kann für die Phase des Übergangs zum Kapitalismus für Gesellschaften ausgeschlossen werden, die nicht über soviel Land verfügen, daß alle Grenzarbeiter an offenen Grenzen neues Land bebauen und ihre Produktivität steigern können. Gerade deshalb ist die historische Erfahrung der USA nur begrenzt für die Dritte Welt relevant.

Die Steigerung des Massenkonsums beim Übergang zum Kapitalismus kann statt als Steigerung der Reallohne der schon produktiven Arbeiter die Form der Subvention der Marginalisierten haben. Im Fall steigender Grenzkosten in der landwirtschaftlichen Produktion, insbesondere bei wachsender Bevölkerung, kann auch bei konstanten Reallohnen die Bedingung steigenden Massenkonsums erfüllt sein. Die Ausweitung des Massenkonsums äußert sich hier gerade darin, daß für große Massen trotz sich verschlechternder natürlicher Bedingungen der Nahrungsproduktion weiterhin konstante oder im Verhältnis zur Produktivität in der Industrie leicht steigende, vielleicht aber auch sinkende Reallohne erzielt werden. In landwirtschaftlichen Preisen gemessene sinkende städtische Reallohne sind deshalb kein Beweis für sinkenden Massenkonsum¹², sondern Zeichen für den Abbau der oben erwähnten zünftlerischen Absicherung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeiter.

Solange das Grenzprodukt aller Arbeiter nicht über dem Subsistenzniveau liegt, treten Renten auf, die sich weder die Kapitalisten durch Nettoinvestitionen noch die Arbeiter aufgrund ihrer Knappheit aneignen können. Vielmehr muß über solche Renten politisch entschieden werden. Wenn sie dem Konsum der Reichen dienen, muß zwischen den Privilegierten die Konkurrenz begrenzt werden, wodurch kapitalistische Dynamik eingeschränkt wird. Werden sie zugunsten der Armen umverteilt, dann stärkt dies die Konkurrenz unter den Privilegierten: Investoren können in der Folgezeit mit einer breiteren produktiven Basis zur Erwirtschaftung von Surplus rechnen. Den Kampf gegen vergeudende Reiche kann eine investierende Bourgeoisie nur zu ihren Gunsten entscheiden, wenn die Armen oder zu ihren Gunsten wirkende gesellschaftliche Kräfte die Verwendung der Rente zugunsten des Massenkonsums sichern.

Marginalität tritt umso weniger auf, als die Grenzproduktivität von Arbeit in der Nahrungsmittelproduktion hoch ist. In den Zentren hat sich Kapitalismus durchgesetzt, nachdem vorher (im Feudalismus) schon landwirtschaftliche und gewerbliche Innovation die Produktivität bei der Massenkonsumgüterproduktion steigen ließen (einige sprechen sogar von mittelalterlichen agrarischen und industriellen Revolutionen¹³). Dies war Folge komplizierter gesellschaftlicher Auseinandersetzungen im Zusammenwirken außergewöhnlicher Faktoren in der europäischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte vor der industriellen Revolution. Dazu gehört der hohe Grad

an Rivalität zwischen einer weltlichen und einer geistlichen Elite; die fortdauernde Armut der Zentralstaaten, die deshalb auch nicht in der Lage waren, den Surplus zentral anzueignen¹⁴; die großen Hindernisse für die Bildung einer Universalmonarchie, durch die Rivalität zwischen den Zentralstaaten begründet wurde, die nun wiederum an technischer Innovation zur Steigerung ihrer ökonomischen Ressourcen interessiert waren; die Begrenzung von Beamtenapparaten im Unterschied zu tributären Produktionsweisen in Asien oder Teilen Lateinamerikas, aber auch im Islam, wodurch die Reichen nicht aus Amlspositionen, sondern nur aus den von ihnen kontrollierten Ländereien Einkommen größeren Umfangs ziehen konnten¹⁵ und somit an der Produktivität dieser Ländereien Interesse hatten.

Diese Faktoren verlangsamten die gleichwohl auch in Europa wirksame Tendenz zur Zentralisierung. Als sich solche Zentralisierung nach manchen Vorläufern (z.B. im Königreich Sizilien Friedrichs II. im 13. Jahrhundert) als Absolutismus in Europa doch noch durchsetzte, war in der Weltgeschichte einmalig eine bürgerliche Gesellschaft schon so weit gekräftigt, daß sie den Kampf um Beschränkung des Ressourcenaneignenden Staats erfolgreich bestehen konnte. Dieser Kampf gipfelte in den bürgerlichen Revolutionen, die bürgerlich nicht deshalb waren, weil ihre Führer oder Gefolgsleute Bürger waren oder sich zum Bürgertum bekannten, sondern weil sie aus Eigeninteresse die Zentralisierung von Mehrprodukt beim Staat zugunsten der Aneignung von Profit am Markt bekämpften.

Als ganz wichtiges Problem der historisch vergleichenden Entwicklungsforschung ergibt sich die Frage, weshalb in einzelnen vorkapitalistischen Produktionsweisen wachsende Produktivität nicht ausschließlich als Rente dem Luxuskonsum zukam. Hier scheint mir eine erneute Untersuchung der bäuerlichen Kämpfe notwendig. Ich halte es für einen wichtigen Unterschied, ob den Bauern die Durchsetzung von Religionen gelang, in denen wenigstens im Jenseits alle als gleiche Kinder des gemeinsamen Gottes angesehen wurden und deshalb Ungleichheit nicht auf die Beziehungen zu Gott gegründet werden konnte¹⁶.

Deshalb erscheint mir die These irreführend, daß Zersplitterung¹⁷ von Autorität in Europa den Übergang von Kapitalismus begünstigt habe. Sie mag dazu beigetragen haben, den Unterschichten die Durchsetzung der Verwendung der Renten für die Anhebung der Produktivität in der Nahrungsmittelproduktion zu erleichtern.

4. Schlechtere Ausgangschancen der Dritten Welt beim Übergang zum Kapitalismus

Die heute unterentwickelte Welt ist beim Übergang zum Kapitalismus gegenüber den heute entwickelten Ländern auf doppelte Weise benachteiligt: Einerseits hat Europa besondere Möglichkeiten gehabt, die für den Übergang zum Kapitalismus notwendigen Veränderungen zu bewirken, andererseits hat die wirtschaftliche Eingliederung in das kapitalistische Weltsystem heute für die Dritte Welt zur Folge, daß sich bestimmte Voraussetzungen für den Übergang zum Kapitalismus nur schwer verwirklichen lassen.

Kapitalistische Verkehrsformen und Kalküle, partiell auch kapitalistische Produktionsverhältnisse dringen in die Dritte Welt von außen ohne vorherige vorbereitende

Produktivitätssteigerungen ein. Bei der Auflösung tributärer Produktionsweisen (Hochkulturen Asiens, Nordafrikas und von Teilen Lateinamerikas) verwandeln bisherige Staatsbeamte Steuereintreibungsrechte in Landbesitz, den sie nun kapitalistisch bewirtschaften. Weil sie bei einigen Rohstoffen über Kostenvorteile verfügen, können sie die Landwirtschaft gestützt auf äußere Märkte entwickeln. Die Enge des inneren Markts kann ihre Entwicklung nicht bremsen. Es kann zu wachsender Produktivität in der Exportlandwirtschaft kommen. Die Produktionskurve würde sich nach oben verschieben, ohne Veränderung der Schwelle von Marginalität. Es gibt keinen Grund für Investitionen in der Nahrungsmittelversorgung, selbst wenn die Reichen Land kaufen und damit die Bodenkonzentration zunimmt¹⁸. Die Gefahr, daß eine breite marginalisierte Bevölkerung entsteht, nimmt damit zu.

Jedes beliebige Volumen von Surplus kann trotz fehlender Investitionsmöglichkeiten investiv verwendet werden, nämlich für Investitionen in den kapitalistischen Industrieländern, so daß eine Refeudalisierung nicht auftreten muß. Eine Erhöhung der finanziellen Mittel für Akkumulation muß solange Kapitalflucht auslösen, als die Rentabilität erst schaffenden Strukturreformen nicht erfolgt sind, möglicherweise zu Lasten der für Akkumulation verfügbaren Mittel. Die Entwicklungsländer sind nicht arm¹⁹. Vielmehr fehlen rentable Investitionsmöglichkeiten²⁰.

Weiterhin hatten fast alle europäischen Gesellschaften noch vor der industriellen Revolution, v.a. aber im 18. und 19. Jahrhundert die Möglichkeit zum Bevölkerungsexport in Kolonisationsgebiete. Die Sozialbeziehungen haben sich z.B. in Deutschland während der Ostkolonisation zugunsten der Bauern auch in den Abwanderungsgebieten verbessert. Die Verbesserung der Landausstattung pro Arbeitskraft durch Kolonisation vermindert den Umfang der in der Armutsfalle gefangenen Bevölkerung und verbessert durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und Verknappung von Arbeit die Durchsetzungsmöglichkeiten von Arbeit beim Verteilungskampf. Solche Kolonisationsgebiete fehlen für die heutigen Gesellschaften der Dritten Welt weitgehend, weil im Kontakt mit dem Westen das demographische Wachstum dem wirtschaftlichen Wachstum vorherging.

Dem Wachstum der auf Massenkonsum ausgerichteten Produktion ging in Westeuropa die große Pest des 14. Jahrhunderts voraus. Sie führte zu einer erheblichen Verminderung der Bevölkerung. Deshalb wurden Böden aufgegeben, bei denen die Arbeitsproduktivität niedrig war. Ob die dann wachsende Arbeitsproduktivität wie in Osteuropa zur Erhöhung des Konsums der Reichen (mit zweiter Leibeigenschaft) genutzt wurde, oder zum Anstieg des Konsums der Massen (einschließlich der Abschaffung der Leibeigenschaft) wie in Teilen Westeuropas, hing vom Ergebnis gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ab.

Begünstigt wurde die Beseitigung der marginalisierten Bevölkerung auch durch die Erstellung der Infrastruktur. Beim noch niedrigen Stand der technischen Entwicklung wurde die Infrastruktur (Straßen, Kanäle, Eisenbahnen) arbeitsintensiv produziert. Die staatliche Finanzierung hoher Investitionen bedeutete aber — weil öffentliche Güter — keinen Eingriff in den Wettbewerb privater Warenproduzenten, so daß bei der Nutzung der beim Übergang zum Kapitalismus auftretenden Renten keine Wettbewerbsverzerrungen entstanden, wie heute beim Aufbau von Staatsbetrieben im Güter produzierenden Bereich in der Dritten Welt. Weil solche Verkehrswege dem Transport aller Güter dienten, verbilligten sie den Marktzugang für alle

kapitalistischen Warenproduzenten, im Unterschied zu den heute vorherrschenden spezifischen Infrastrukturen (z.B. Pipe-line).

Die Möglichkeiten, mit dem Surplus Luxuskonsum zu treiben, dürften im Fall der europäischen Entwicklung geringer gewesen sein, als im Fall der heutigen Dritten Welt. Es gab eine geringere Palette von Produkten, die für Luxuskonsum bekannt waren. Importierte Luxuskonsumgüter²¹ konnten wegen des geringeren Reichtums Europas nicht mit eigenen Luxuskonsumgütern, sondern nur mit gewerblichen Exportgütern bezahlt werden. Wenn Handelspartner bei der Herstellung von Massenkonsumgütern gleichermaßen unproduktiv sind, der eine unter ihnen aber aufgrund des Reichtums seiner herrschenden Klasse und der naturräumlichen Ausstattung seines Landes bei der Herstellung von Luxuskonsumgütern/Kunstgewerbe überlegen ist, kann der andere Partner komparative Kostenvorteile nur bei der billigen Herstellung von Massenkonsumgütern erreichen. Selbst sein Luxuskonsum führt zur Ausweitung der industriellen Produktion und damit zur Produktion von Ausrüstungsgütern. Die Reichen der heutigen Dritten Welt bezahlen wegen der Überlegenheit der kapitalistischen Industrieländer bei der Herstellung von Massenkonsumgütern ihre Importe von Luxusgütern mit Produkten, die international häufig nur durch den Import westlicher Technologie wettbewerbsfähig sind.

Gleichzeitig hatte die Konkurrenz der Staaten der heute entwickelten Welt um außenpolitischen Einfluß zur Folge, daß alle Regierungen sowohl den Ausbau von Infrastrukturen als auch die technische Modernisierung ihrer Armeen förderten. Wirtschaftsspionage zur Nachahmung technischer Neuerungen und deren Abwehr (z.B. Auswanderungsverbote für qualifizierte Arbeit und Verbot des Maschinenexports) belegen ein Interesse an konsequenter Technologieförderung genauso wie die staatliche Subventionierung der Imitation ausländischer Maschinen und die staatliche Förderung von im Land produzierten Neuerungen. Die außenpolitische Rivalität begünstigte politische Entscheidungen zur nichtkapitalistischen Investition von Surplus in die Technologieförderung in einem Sektor, der wegen seiner sicherheitspolitischen Relevanz trotz aller Probleme der Manufaktur einen geringeren Eingriff in den Wettbewerb darstellte, als die Staatsbetriebe in der heutigen Dritten Welt²².

5. Die Verschärfung des Problems der Rente durch die internationale Arbeitsteilung

Die internationale Arbeitsteilung entsprechend der komparativen Kostenvorteile stärkt heute in der Dritten Welt nicht jene beiden Sektoren, die beim Gelingen des Übergangs zu kapitalistischen Produktionsverhältnissen im heutigen Europa entscheidend waren, nämlich die Massenkonsumgüterproduktion (insbesondere die Nahrungsmittelproduktion) und die Produktion von Ausrüstungsgütern (Maschinen).

Technischer Fortschritt vermindert die Stückkosten. Die Folge ist ein relativ stabiler Kapitalkoeffizient. Zwar steigt das Fixkapital pro Arbeiter, doch nicht deshalb, weil in den neuen Maschinen mehr Arbeit verkörpert wäre, sondern weil angesichts steigender Reallöhne die Arbeitskosten gestiegen sind, die für diese Ausrüstungsgüter bezahlt wurden. Rückständige Wirtschaften werden deshalb nicht wettbe-

werbsfähig, weil Knappheit von Arbeit in den fortgeschritteneren Wirtschaften nicht zu Kapitalintensivierung mit sinkender Produktivität führt. Internationaler Handel kann dann nicht aus einer Verschiedenheit der Faktorausstattung erklärt werden. Neue Wettbewerbsfähigkeit entsteht vielmehr, weil technischer Fortschritt mit einer Steigerung der Masseneinkommen einhergehen muß, um die durch technische Innovation gestiegenen Produktivitätskapazitäten auszulasten. Die Terms-of-Trade zwischen produzierten Gütern und produktiv verwendeter Arbeitszeit müssen sich bei kapitalistischer Entwicklung kontinuierlich zugunsten der Arbeitszeit verbessern. Dabei steigen die Masseneinkommen entsprechend der durchschnittlichen Steigerung der Produktivität, nicht entsprechend der im jeweiligen Betrieb oder Produktionszweig erreichten Produktivitätssteigerung. Branchen mit unterdurchschnittlicher Steigerung der Produktivität haben deshalb steigende Arbeitskosten und damit auch steigende Preise selbst bei stabilem Preisniveau und umgekehrt. Im Prozeß kapitalistischer Entwicklung verändert sich das System relativer Preise dauernd.

Technischer Fortschritt in den kapitalistischen Gesellschaften vollzieht sich nach Branchen unterschiedlich und hängt nicht von den Kosten der Investitionsgüter ab. Unterschiedliche Operationen lassen sich unterschiedlich leicht mechanisieren. Der Rückstand einer weniger entwickelten Wirtschaft auf führende kapitalistische Wirtschaften ist deshalb bei der Produktivität nach Branchen unterschiedlich. Wirtschaften, die am technischen Fortschritt aufgrund ihrer gesellschaftlichen Struktur nicht teilnehmen, erwerben stets neue komparative Kostenvorteile.

Am größten sind die komparativen Kostennachteile rückständiger Wirtschaften bei der Herstellung moderner Technologie²³. Das Verhältnis zwischen der Leistung neuerer Technologien und ihren Kosten, die Produktivitätssteigerung bei der Maschinenproduktion, ist grundsätzlich höher als die durchschnittliche Produktivitätssteigerung in einer Wirtschaft. Ein Teil der Leistungsfähigkeit einer neuen Maschine wird als niedrigere Kosten an die Anwender der Maschine weitergegeben und erscheint hier als Steigerung der Kapitalproduktivität. Diese wird auch von Anwendern in der Dritten Welt erreicht, wenn sie die Maschine mit der in den Industrieländern üblichen Effizienz betreiben. Unter Konkurrenzbedingungen muß der Maschinenproduzent den Preis nur auf die Produktionskosten einschließlich einer durchschnittlichen Profitrate und der Kosten der Entwicklung der nächsten Maschinengeneration senken, weil die Kosten der zukünftigen Konkurrenzfähigkeit von jedem am Markt konkurrierenden Maschinenproduzenten aus der derzeitigen Produktion erwirtschaftet werden müssen. Damit wird der Erwerb neuer technischer Kenntnisse durch die entwickelte Wirtschaft von weniger entwickelten Wirtschaften mitfinanziert. Während die Produktivität bei der Nutzung von Maschinen durch die Übertragbarkeit des technischen Fortschritts zunimmt, hat durch Verzicht auf eigene Technologieproduktion die Produktivität bei der Herstellung von moderner Technologie im rückständigen Land sogar noch abgenommen. Die komparativen Kostenvorteile verschieben sich zugunsten der Nutzung importierter Technologie und zu Lasten der lokalen Produktion von Technologie.

Die Chancen für den Übergang zum Kapitalismus entweder durch kurzfristig nicht rentable Investitionen zur Beseitigung von Marginalität oder durch Umverteilung des Konsums werden durch die Vernachlässigung der lokalen Maschinenproduktion beeinträchtigt. Die Ausweitung des Massenkonsums läßt sich über eine Veränderung

der Verteilung der Geldeinkommen (Lohnerhöhungen für Arbeiter oder Preissteigerungen für Bauern) nur dann erreichen, wenn Nachfrageveränderungen auch zu Veränderungen des Warenangebots führen²⁴. Dies erfordert stets auch Investitionen, also neue Maschinen. Können diese nicht aus lokaler Produktion bezogen werden, haben Steigerungen der Masseneinkommen Inflation oder Handelsbilanzdefizite zur Folge und scheitern deshalb. Wegen komparativer Kostennachteile bei der Produktion von Technologie haben unterentwickelte Wirtschaften Schwierigkeiten, ihre Produktionsstruktur flexibel anzupassen und gradualistisch Reformen zugunsten der Ansprüche der Masse ihrer Bevölkerung durchzuführen. Ein langsames Hineinwachsen in den kapitalistischen Wachstumsmechanismus ist umso schwieriger, desto größer die Deformation und insbesondere desto reicher die Gesellschaft aufgrund von geringen Produktivitätsrückständen bei einigen wenigen Produkten ist. Rohstoffländer mit hohen Renten (z.B. Ölländer) waren deshalb besonders wenig erfolgreich bei der marktgesteuerten Überwindung von Unterentwicklung²⁵.

Aus den Überlegungen zur Natur des technischen Fortschritts ergibt sich, daß ein Rückgriff auf weniger effiziente Maschinen nur bedingt erfolgreich ist. Effizientere Maschinen werden nicht mit einem um ihre Effizienz größeren Aufwand an Arbeit produziert. Sie sind effizient aufgrund technischer Innovation. Die Realeinkommen steigen nicht entsprechend der Steigerung der Effizienz der Maschinen, dargestellt durch das Verhältnis zwischen ihrer Performanz und ihren Kosten, sondern entsprechend der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung, die stets geringer ist, als die Steigerung des Verhältnisses zwischen Performanz und Kosten der Maschine. Wäre dem nicht so, könnte bei den Maschinen anwendenden Branchen keine Produktivitätssteigerung erzielt werden. Die lokale Produktion weniger effizienter Maschinen kann gegenüber importierter Technologie nur wettbewerbsfähig werden, wenn die Lernkosten gesenkt werden oder der internationale Wert lokaler Arbeitskraft über den Wechselkurs stärker abgesenkt wird, als dies dem durchschnittlichen Produktionsrückstand entspricht.

Über den Markt kann die Erwirtschaftung der Lernkosten in der Technologieproduktion im Fall vollständiger Spezialisierung nicht gelingen. Würden die technisch fortgeschritteneren Industrieländer aufgrund eines atomaren Holocausts vernichtet, würde im Süden nach erheblichen Anpassungsschwierigkeiten eine eigene Investitionsgüterproduktion, vielleicht konzentriert in den fortgeschritteneren Ländern (Brasilien, Indien und Südkorea) entstehen, die mit ihren (höheren) Produktionskosten den neuen internationalen Preis für Investitionsgüter bestimmen würden. Solange die kapitalistischen Industrieländer liefern können, gelingt die Korrektur zwischen Preisen für Investitionsgüter und Preisen für mit diesen hergestellten Produkten zur Finanzierung der Lernkosten der rückständigen Wirtschaften nur durch Abkoppelung vom Weltmarkt.

Genauso wenig kann (die in ihrer Bedeutung für die heutigen Industrieländer oben aufgezeigte) Korrektur der Preise zwischen verarbeiteten Produkten und Agrarprodukten gelingen. Die Produktivität einiger Industrieländer ist bei der Nahrungsmittelproduktion hoch. Andere subventionieren unter dem Druck ihrer Bauern ihre Nahrungsmittelexporte. Nahrungsmittel aus den kapitalistischen Industrieländern sind deshalb auf dem Weltmarkt relativ billig. Fortschritte bei der Nahrungsmittelproduktion sind an naturräumliche Bedingungen gebunden. Sie lassen sich deshalb schwer

auf die Länder des Südens übertragen. Die Produktivitätsrückstände des Südens auf den Westen bei der Nahrungsmittelproduktion sind deshalb höher als in vielen industriellen Bereichen, in denen der technische Fortschritt leicht übertragbar ist. Bei einem der Produktivität in den industriellen Exportsektoren angemessenen Wechselkurs erscheint so der Import von Nahrungsmitteln als kostengünstig. Die Ausweitung der Beschäftigung in den Exportsektoren regt dann nicht die Landwirtschaft über eine Erhöhung der Agrarpreise im Verhältnis zu den Industriegüterpreisen an. Auch wenn ein physischer Surplus aufgrund von begrenzten Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft erzielt werden kann (was Marginalisierung nicht ausschließt), kann dieser Surplus nur verkauft werden, wenn die Preise so niedrig sind, daß die anteiligen Produktionskosten nicht erlöst werden. Herrscht in der betreffenden Gesellschaft Großgrundbesitz vor, so ist der Übergang zu Rationalisierung durch Verminderung der Beschäftigung und Konzentration auf die produktivsten Böden zwingend. Herrscht Kleinbesitz vor, dann müssen die Bauern für ihren Surplus sehr niedrige Preise akzeptieren und sind kein Markt für gewerbliche Produkte.

Über den Umfang von Arbeit hinaus, die weniger produziert als sie verbraucht, wird Arbeit vom Markt verdrängt, um in den Bereich niedrigerer Grenzkosten zu gelangen.

Ist die Angebotselastizität der einheimischen Landwirtschaft in Bezug auf den Preis kleiner als 1 während die Nachfrage nach lokaler Arbeit für Exportprodukte vom Weltmarkt immer noch 1 (für Entwicklungsländer ein guter Wert) beträgt, führt eine Senkung des Wechselkurses zur Verteuerung der importierten Nahrungsmittel bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Importkapazität, während das lokale Nahrungsmittelangebot nur bedingt steigt. Die Nahrungsmittelpreise steigen, nicht das lokal produzierte Nahrungsmittelangebot. Ist die Angebotselastizität der lokalen Nahrungsmittelproduktion Null, führt Abwertung nur zu Preissteigerungen. In günstigeren Fällen wird ein begrenztes Wachstum der lokalen Landwirtschaft mit einer Verschlechterung der Terms-of-Trade der Wirtschaft gegenüber dem Weltmarkt und einem Anstieg des Anteils der Nahrungsmittelimporte an den Gesamtimporten erreicht, weil die Nahrungsmittelnachfrage aufgrund des abwertungsbedingten Beschäftigungseffekts steigt. Sinkende Terms-of-Trade, steigende lokale Nahrungsmittelpreise und abnehmende Selbstversorgung sprechen gegen eine vollständige Spezialisierung, noch bevor der Abwertungssatz so hoch wird, daß mit den dann noch erzielten Reallöhnen die Subsistenzkosten nicht mehr gedeckt werden könnten (s.u.).

Die Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung verhindert die lokale Produktion von Ausrüstungsgütern und die Ausschöpfung des Potentials, das die Landwirtschaft trotz sinkender Grenzerträge für die Beseitigung von Marginalität immer noch bietet. Durch den Marktmechanismus nicht mehr mobilisierbare Produktionspotentiale (Surplus, der wegen fehlenden Massenkonsums nicht investiert werden kann, und landwirtschaftliche Produktion, die wegen der über den Wechselkurs bestimmten Preise der Importe nicht erbracht wird) stellen potentiellen Surplus dar, der vom Staat angeeignet werden kann und bilden damit eine Grundlage für das Wachstum der Staatsapparate in der Dritten Welt.

Die Entmutigung lokaler Investitionsgüterproduktion und die Beschränkung der Wachstumsmöglichkeiten der Landwirtschaft unter den Bedingungen vollständiger

Spezialisierung sind Aspekte von struktureller Heterogenität, nämlich nach Branchen ungleicher Rückstände in der Produktivität gegenüber den führenden, die Weltmarktpreise bestimmenden westlichen Industrieländern²⁶. Wenn die Produktivitätsrückstände nach Branchen verschieden sind, gibt es einige Branchen, bei denen der Rückstand relativ gering ist, die also bei einem noch hohen Lohnsatz schon wettbewerbsfähig sind, während andere Branchen nur bei noch niedrigeren Löhnen wettbewerbsfähig werden. Eine Ausweitung der Beschäftigung hängt vom internationalen Preis lokaler Arbeitskräfte ab. Er kann durch Abwertung gesenkt werden. Wenn die Preiselastizität der Nachfrage für die relativ wettbewerbsfähigen Produkte (bei denen der Produktivitätsrückstand gering ist) in den führenden kapitalistischen Industrieländern klein ist, führt die Abwertung bei diesen Produkten zu Devisenverlusten. Wenn weiterhin die Produktivitätsrückstände breit streuen, ist Ausweitung der Beschäftigung nur möglich, wenn die Abwertungssätze relativ hoch sind. Je geringer die Preiselastizität für die relativ wettbewerbsfähigen Produkte und je größer die Streuung der Produktivitätsrückstände, desto wahrscheinlicher sinkende Devisenerlöse trotz wachsender Beschäftigung.

Kontrollierter Wirtschaftsaustausch (Exportsteuern, überhöhte Wechselkurse und Staatsunternehmen) mit den kapitalistischen Industrieländern erlaubt hohe Deviseneinnahmen durch Renten, nämlich Einkommen, die weder zur Entlohnung des eingesetzten Produktionsfaktors Arbeit noch zur Verzinsung des eingesetzten Kapitals benötigt werden. Sie sind Folge des hohen Produktivitätsniveaus in den kapitalistischen Industrieländern und ihres hohen Niveaus des (Massen-)Konsums, ohne die viele Renten abwerfende Exportgüter aus dem Süden nur zu geringeren Preisen und in geringeren Mengen verkäuflich wären.

Renten können nur von zentralisierten Klassen angeeignet werden. Nur zentralisierte Klassen können Renten investieren, weil im Wettbewerb stehende Unternehmer die Produktion in den Renten abwerfenden Sektoren ausweiten und die Preise zum Absatz des wachsenden Angebots bis zum Verschwinden von Renten senken würden. Deshalb können auch nur zentralisierte Klassen Renten zur Diversifizierung der Produktion nutzen, weil dies erfordert, daß diese nicht in Renten abwerfende Sektoren investiert werden, sondern in Sektoren, in denen der Surplus im Verhältnis zu den eingesetzten Kosten niedriger ist. Die Eingliederung der Dritten Welt in die kapitalistische Weltwirtschaft fördert deshalb nicht Unternehmer, die ihre Gewinne durch Effizienz am Markt erzielen, sondern zentralisierte Staatsklassen, zu der sich die Unternehmer in Klientelbeziehungen begeben, weil ihre eigene „Rentabilität“ weniger von ihrer Effizienz als von guten Beziehungen zu den Staatsklassen abhängt.

6. Renten und Überwindung von Unterentwicklung

Renten sind Finanzierungsquelle für Investitionen und Quelle der Bereicherung für wirtschaftlich nicht über den Markt kontrollierte Privilegierte, also Chance und Gefahr. Entscheidend für ihre Auswirkungen auf die Überwindung von Unterentwicklung ist nicht, daß sie überhaupt auftreten: Dies ist vielmehr unvermeidbar, solange beim Übergang zum Kapitalismus Marginalität auftritt und wird durch die Eingliederung

rung der Dritten Welt in das kapitalistische Weltsystem verschärft. Entscheidend ist die Nutzung der Rente für die Beseitigung von Marginalität in einer Kombination aus staatlich induzierten Investitionen und Stärkung der Einkommen der Armen durch Fokussierung und Entlastung des hier notwendig politischen Allokationsprozesses.

Das Fehlen einer lokalen Investitionsgüterproduktion beeinflusst auch die Dynamik der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. In kapitalistischen Wirtschaften gibt es in jeder Rezession einen Moment, bei dem die installierten Investitionsgüter wenigstens teilweise physisch verbraucht sind. Die Unternehmer müssen neue Investitionsgüter ordern, selbst wenn sie die Kapazitäten nicht erweitern wollen. Da laufend technischer Fortschritt stattfindet, sind die neuen Investitionsgüter leistungsfähiger als die alten. Unternehmer, deren Maschinenpark noch nicht physisch verbraucht ist, werden zur Aufrechterhaltung ihrer Konkurrenzfähigkeit dieselben neuen Maschinen kaufen müssen. Auch wenn jede einzelne neue Technologie die Gesamtkosten/den Gesamtarbeitsbedarf (für die Herstellung der Technologie und für deren Betreuung pro Ausbringung) vermindert, führt die zeitliche Ballung der Investitionen zur Tendenz zu Vollbeschäftigung und damit zu Markterweiterung, die Investitionen hervorruft und wiederum Beschäftigung schafft. In diesen Phasen nehmen regelmäßig Verhandlungsmacht und Organisationsgrad der Arbeiter zu²⁷. Wenn Investitionsgüter nicht lokal hergestellt werden, kann es keine solche periodische Stärkung der Verhandlungsmacht der Arbeiter geben.

Am Beispiel Bangladesh habe ich gezeigt, wie durch Einsatz von Hilfe eine künstliche Produktion bei Subsistenzlöhnen geschaffen werden kann, die die Marginalen absorbieren würde, mit der Folge, daß sich dann die erwarteten positiven Wirkungen des Marktmechanismus einstellen²⁸. Dies ist eine extreme Form der Abschirmung der Rente gegenüber partikularistischen Privilegierungsinteressen. Abschöpfung von Renten für Ausbildungsprogramme, die allen Arbeitskräften zugänglich sind, oder die Sperrung des Marktes für leicht definierbare Investitionsgüter für bei noch niedrigen Löhnen hoch konkurrenzfähige Branchen wären weitere Beispiele dafür, wie die Rente dem partikularistischen Zugriff einzelner Gruppen entzogen wird, indem die politischen Gestaltungsräume beschränkt werden.

Derzeit wird häufig behauptet, der ausufernde Staat in der Dritten Welt könne dadurch gebändigt werden, daß über Dezentralisierung Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden. Delegation von Gestaltungsrechten an staatliche Instanzen auf regionaler und lokaler Ebene bedeutet aber auch die Dezentralisierung von Möglichkeiten zur Rentenaneignung für partikuläre Gruppen²⁹. Nicht zufällig zeichnet sich der südkoreanische Staat durch ein hohes Maß an Zentralisierung zur Abschirmung gegen partikuläre Gruppeneinflüsse aus³⁰. Gerade in Europa war die Herausbildung zentralisierter Entscheidungsprozesse durch Massenorganisationen, die ähnliche Interessen bündelten, wichtig bei der Zurückdrängung partikularistischer Privilegien. Unterprivilegierte suchen heute wegen der Heterogenität ihrer sozialen Lagen und ihrer Schwäche auf dem Arbeitsmarkt als Marginalisierte Patronage statt eigene Rechte und verschärfen damit die Ubiquität von Renten gerade dann, wenn lokale Autonomie groß ist. Partizipationsmöglichkeiten für Organisationen wie NGOs, die die Interessen der Marginalisierten vertreten, kann für die Kontrolle der Verwendung von Renten bedeutsam sein. Marginale Arbeitskräfte, für die sie eintraten, können über Arbeitsverweigerung den Surplus nicht mindern und daher keinen Einfluß

ausüben. Die Ressourcen, die NGOs zur Förderung der Produktivität der Marginalisierten einsetzen, sind selbstverständlich wiederum Renten. Auch NGOs entkommen den mit Renten verknüpften Privilegierungsmöglichkeiten nicht³¹.

Die Zählung der Rente erfordert das Zusammenwirken einer Vielzahl von Instrumenten und damit Eklektizismus. Strategien der Überwindung von Unterentwicklung³² werden hierbei umso erfolgreicher implementiert werden können, als der Kern des Problems des Übergangs zum Kapitalismus definiert wird. Beseitigung von Marginalität wird am besten gelingen, wenn verfügbare Rente über administrativ leicht zu kontrollierende, rasch durchzuführende Reformen zur Neuverteilung der Produktionsmöglichkeiten genutzt werden. Hier verbindet sich mein Ansatz mit der Forderung von Sen³³ nach „entitlements“, also Zugriffsrechten, für die Armen.

Vorschläge, die eine rasche und einfache Lösung versprechen, wie eine Treuhandschaft³⁴ der Industrieländer für die Entwicklungsländer, übersehen, daß die Probleme bei der Kontrolle von Renten nicht Folge soziokultureller Besonderheiten in den nichteuropäischen Ländern sind. Man sollte sich hier überdies daran erinnern, daß die Befürworter der europäischen Kolonialexpansion, auch in der Zweiten Internationale, von ähnlichem zivilisatorischen Eifer beseelt waren. Der Kampf gegen partikularistische Aneignung von Renten war ein wesentliches Element der Klassenaus-einandersetzungen der letzten Jahre in Südkorea³⁵ und fehlte in den letzten Jahren im „europäischen“ Westdeutschland, wo politische Renten in eingeschränkten Bereichen zu durchaus mit der Dritten Welt vergleichbaren Auswüchsen der Selbstprivilegierung führten. An der Vergeudung von Renten in der Dritten Welt sind außerdem nicht nur deren Staatsklassen beteiligt, sondern auch ihre Partner in den westlichen Industrieländern. Viele Projekte wurden auch deshalb positiv begutachtet, weil westliche Lieferanten, Consultingfirmen und westliche Professoren ein Interesse daran hatten, solche erkennbar nutzlosen oder gar schädlichen Projekte als Einnahmequellen zu nutzen.

ANMERKUNGEN

¹ Georgescu-Roegen, Nicholas: „Economic Theory and Agrarian Economics“, Oxford Economic Papers, 12, 2 (Februar 1960); S. 32 — 40. Moo-Ki, Bai: „The Turning Point in the Korean Economy“, The Developing Economies, 20, 1 (März 1982); S. 118.

² Die Form einer solchen Gleichung wäre $y_p = a + bx + \sqrt{x}$. Die Steigerung der Beschäftigung setzt voraus, daß die Produktion wenigstens parallel zu den Kosten steigt.

³ Die Kostengerade sinkt auf $y = 0,68x$, mit y' von $y = 8\sqrt{x}$ bei $x = 34,6$, einer Produktion von 47,06, einem Surplus von 22,46, der die Hebung der Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft erlaubt, so daß die Gesamtbeschäftigung um 24% auf 62 steigt.

⁴ Elsenhans, Hartmut: „Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Einige Bemerkungen zu neoricardianischen und marxistischen Behauptungen“, Leviathan, 7, 4 (1979); pp.485 — 489. Elsenhans, Hartmut: „Der Mythos der Kapitalintensität und die notwendig falsche Technologiewahl der Entwicklungsländer“, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Technik und internationale Entwicklung* (Baden-Baden: Nomos, 1986); S. 268 — 270.

⁵ Breman, Jan: *Of Peasants, Migrants and Paupers. Rural Labour Circulation and Capitalist Production in West-India* (New Delhi: Oxford University Press, 1985); S. 445.

⁶ Reischauer, Edwin O./Fairbank, John K.: *East Asia. The Great Tradition* (Boston: Houghton Mifflin, 1960); S. 117. Ibn Khaldūn: *Discours sur l'Histoire universelle. Al-Muqaddima*.

- Traduction nouvelle, préface et notes par Vincent Monteil* (Paris: Sindbad, 1967/68); S. 597 — 602.
- 7 Elsenhans, Hartmut: „Englisches Poor Law and egalitäre Agrarreform in der Dritten Welt. Einige Aspekte der Theorie, daß Wachstum historisch die Erweiterung des Massenmarktes erforderte und heute die Erweiterung des Massenmarktes erfordert“, *Verfassung und Recht in Übersee*, 13, 4 (1980); S. 280 — 298.
 - 8 Das gesuchte Beschäftigungsniveau x ist hier definiert als $0,8 \text{ mal } 8/x$ und $0,8x$. Der Surplus sinkt auf 16, die Beschäftigung außerhalb der Landwirtschaft auf 20, so daß die Gesamtbeschäftigung 84 beträgt.
 - 9 Der Surplus wird durch die Besteuerung auf 10 reduziert. Das gesuchte Beschäftigungsniveau beträgt bestimmt durch $8/x - 10 = 0,8x$. Die nichtlandwirtschaftliche Beschäftigung beträgt 12,5. Die Gesamtbeschäftigung steigt gegenüber der vorigen Situation unwesentlich auf 85,4.
 - 10 Elsenhans, Hartmut: „Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß, Demokratisierung“, in: Elsenhans, Hartmut (Hrsg.): *Agrarreform in der Dritten Welt* (Frankfurt/New York: Campus, 1979); S. 552 — 555.
 - 11 Sen, Amartya Kumar: „Peasants and Dualism with or without Surplus Labour“, *Journal of Political Economy*, 74, 5 (Oktober 1966); S. 448. Oberai, A.S./Ahmed, Iftikhar: „Labour Use in Dynamic Agriculture“, *Economic and Political Weekly/Review of Agriculture* (März 1981); S. A2. Ginneken, Wouter van: *Socio-Economic Groups and Income Distribution in Mexico. A Study Prepared for the ILO World Employment Programme* (London: Croom Helm, 1980); S. 64.
 - 12 Deshalb ist die ganze Empirie über sinkende städtische Löhne im 17. und 18. Jhd. in England kein Beweis gegen den Zusammenhang zwischen wachsendem Massenkonsum und Kapitalismus. Dazu: Phelps Brown, Henry/Hopkins, Sheila: *A Perspective of Wages and Prices* (New York London: Methuen, 1981); S. 60.
 - 13 White, Lynn Townsend: *Medieval Technology and Social Change* (Oxford: Clarendon Press, 1962); S. 43. Gimpel, Jean: *The Medieval Machine. The Industrial Revolution of the Middle Ages* (Harmondsworth: Penguin, 1976); S. 5 — 56. Le Mené, Michel: *L'économie médiévale* (Paris: Presses Universitaires de France, 1977); S. 115 — 118.
 - 14 Z.B. Baechler, Jean: „Aux origines de la modernité, castes et féodalités: Europe, Inde, Japon“, *Archives Européennes de Sociologie*, 27, 1 (1986); S. 51.
 - 15 Goodell, Grace: „From Status to Contract. The Significance of Agrarian Relations of Production in the West, Japan and Asiatic Persia“, *Archives Européennes de Sociologie*, 21, 1 (1980); S. 314 — 315.
 - 16 Hier könnte an Aufsätze wie Eisenstadt, Shmuel Noah: „The Axial Age: The Emergence of Transcendental Visions and the Rise of Clerics“, *Archives Européennes de Sociologie*, 23, 2 (1982); S. 294 — 334, und Hall, John. A.: „Religion and the Rise of Capitalism“, *Archives Européennes de Sociologie*, 26, 1 (1985), S. 193 — 223 angeknüpft werden.
 - 17 Senghaas, Dieter: „Die Entwicklungsproblematik. Überlegungen zum Stand der Diskussion“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 87, 8 (21. Februar 1987); S. 9ff., übernimmt Elsenhans, Hartmut: „Grundlagen der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft“, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): *Kapitalistische Weltökonomie. Kontroversen über ihren Ursprung und ihre Entwicklungsdynamik* (Frankfurt: Suhrkamp, 1979); S. 105 — 110 und bezieht sich aber nur auf Elias, Norbert: *Über den Prozeß der Zivilisation. Soziologische und genetische Untersuchungen — Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation* (Frankfurt: Suhrkamp, 1977), der nun gerade in der Durchsetzung der Zentralgewalt (Bd.2; S. 8ff) die Chance für den Aufstieg des Bürgertums sieht.
 - 18 Zum Zusammenhang zwischen Bodenkonzentration und Produktionswachstum vgl. die Fallstudie: Arrigo, Linda Gail: „Landownership Concentration in China: The Buck Survey Revisited“, *Modern China*, 12, 3 (Juli 1986); S. 259 — 360.

- ¹⁹ Bagchi, Amiya Kumar: *Private Investment in India 1900 — 1938* (Cambridge: Cambridge University Press, 1972); S. 20.
- ²⁰ Elsenhans, Hartmut: „Zu reich für alternative Entwicklungsstrategien — Das Dilemma der Dritten Welt“, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, 12, 1 (Juli 1986); S. 155 — 172.
- ²¹ Vgl. Davey, Brian: *The Economic Development of India* (Nottingham: Spokesman Books, 1975); S. 43ff zur Bedeutung der indischen Luxusgüter für die europäischen Privilegierten.
- ²² Klaveren, Jacob van: „Die Problematik der Manufaktur — Erscheinung im Ancien Regime“, *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 120, 2 (1964); S. 317 — 328.
- ²³ Nachweis in: Elsenhans, Hartmut: „Industrielle Reformen und Dezentralisierung als Auflage der Entwicklungszusammenarbeit: Über die Grenzen der Dezentralisierung“, in: Fuhr, Harald/Simon, Klaus/Stockmayer, Albrecht (ed.): *Strukturanpassung, Verwaltungsberatung und Dezentralisierung* (Baden-Baden: Nomos, 1992), i.E..
- ²⁴ Bitar, Sergio: *Transición, socialismo y democracia. La experiencia chilena* (Mexico: Siglo Veintiuno, 1979); S. 259. Müller-Plantenberg, Urs/Hinkelammert, Franz: „Condiciones y consecuencias de una política de redistribución de ingresos“, *Cuadernos de la realidad nacional*, 16, 2 (1973), S. 225. Sideri, Sandro: Introduction, in: Sideri, Sandro (ed.): *Chile 1970 — 73: Economic Development and its International Setting. Self-Criticism of the Unidad Popular Government Policy* (Den Haag et al.: Martinus Nijhoff et al., 1979); S. XIII — XXIII.
- ²⁵ Sid Ahmed, Abdelkader: *Économie de l'industrialisation à partir de ressources naturelles (I.B.R.) Tome II. Le cas des hydrocarbures* (Paris: Publisud, 1989), S. 19 — 62. Elsenhans, Hartmut: „Le monde arabe et l'Europe dans la nouvelle division internationale du travail“, in: Khader, Bichara (Hrsg.): *Coopération Euro-Arabe. Diagnostique et Prospective. Actes du Colloque organisé à Louvain-la Neuve (2 — 4 décembre 1982) par le Centre d'Etude et de Recherche sur le Monde Arabe Contemporain de l'Université Catholique de Louvain*, Bd. 3, Leuven, S. 51 — 66.
- ²⁶ Vgl. Nohlen, Dieter/Sturm, Roland: „Über das Konzept der strukturellen Heterogenität“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler/Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt* (1): Unterentwicklung und Entwicklung — Theorien, Strategien, Indikatoren (Hamburg: Hoffmann & Campe, 1982); S. 99.
- ²⁷ Prothero, I.J.: „London Chartism and the Trades“, *Economic History Review* (1971); S. 219.
- ²⁸ Geary, Dick: *European Labour Protest* (London: Croom Helm, 1981); S. 38.
- ²⁹ Elsenhans, Hartmut: „Reforming the Economic System of Bangladesh: Main Fields of Action“, in: Sautter, Hermann (Hrsg.): *Wirtschaftspolitische Reformen in Entwicklungsländern* (Berlin: Duncker & Humblot, 1991); S. 127 — 131. Elsenhans, Hartmut: „Problems Central to Economic Policy Regulation in Bangladesh“, *Internationales Asienforum*, 22, 4 (1991); S. 259 — 286.
- ³⁰ Vgl. jüngst: Sarker, Abu Elias: „Who Benefits? An Empirical Investigation of Upazila Decentralization“, *Journal of Social Studies* 55 (Januar 1992); S. 1 — 19.
- ³¹ Amsden, Alice A.: *Asia's Next Giant* (New York Oxford: Oxford University Press, 1989); S. 16 — 17.
- ³² Elsenhans, Hartmut: „Public Administration in Developing Countries: Specificities of the Notions of „Public“ and „Administration“ in Market Regulated Developing and Capitalistic Societies“, *Indian Journal of Public Administration*, 35, 1 (1989), S. 16 — 25.
- ³³ Elsenhans, Hartmut: „Die Überwindung von Unterentwicklung“, in: Nohlen, Dieter/Nuscheler, Franz (Hrsg.): *Handbuch der Dritten Welt* (1): Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung (Hamburg: Hoffmann & Campe, 1974); S. 171, forderte den Aufbau von Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien und die Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion für den Eigenbedarf, einschließlich einer Agrarreform, war in bezug auf „Dissociation“ vorsichtig (S. 187), und äußerte sich im Lichte der Forschungen zu regionaler Integration zur Süd-Süd-Kooperation nicht. Ich denke, daß die spätere Aufbereitung des Ansatzes durch Imperative der Restrukturierung und Dissoziation ihm an Präzision wenig gegeben hat.

- ³³ Sen, Amartya Kumar: *Poverty and Famine. An Essay on Entitlement and Deprivation* (Oxford: Clarendon Press, 1981); S. 162.
- ³⁴ Menzel, Ulrich: „Die Hilfe reicht nicht, Treuhandschaft wäre der Weg“, Frankfurter Rundschau, 3. Juni 1991, S. 9.
- ³⁵ Irwan, Alexander: „Business Patronage, Class Struggle and the Manufacturing Sector in South Korea, Indonesia and Thailand“, *Journal of Contemporary Asia*, 19, 4 (1989), S. 410.

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans, Fakultät für Verwaltungswissenschaft, Universität Konstanz, Universitätsstraße 10, D-7750 Konstanz 1